

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Operationen „beendet“, Ausgangssperren halten an

Die seit 160 Tagen anhaltende Ausgangssperre in Sür, dem Altstadtviertel von Amed (Diyarbakir), hat bisher 62 Todesopfer gekostet. 11 weitere Menschen kamen im Umland von Sür zu Tode, teils bei Protesten aus Solidarität mit Sür, teils handelt es sich aber auch um zufällige Opfer der Angriffe der türkischen „Sicherheitskräfte“, z.B. weil eine Granate „zufällig“ in ein Haus einschlug. Unter den Toten aus Sür befinden sich nachweislich ZivilistInnen, darunter der 70-jährige Salih Baygın. Ein alleinstehender Mann, der unter Asthma litt. Er fiel dem Tränengas zum Opfer. Oder auch die 55-jährige Fatma Ateş. Auch zwei Jugendliche wären zu nennen. Sie waren auf dem Weg zur Arbeit. Frühmorgens bei der Bäckerei, in der sie arbeiteten, wurden sie von „Sicherheitskräften“ des türkischen Staates ermordet. Auch bei ihnen handelt es sich nachweislich um zivile Opfer. Sie seien hier nur Stellvertretend für all die anderen ZivilistInnen genannt, die in Sür durch die Angriffe des türkischen Staates ihr Leben verloren haben.

Viele Leichname konnten erst nach Beendigung der Operation (sie wurde am 9. März offiziell für „beendet“ erklärt) geborgen werden. Einige Leichname sind wegen der Ausgangssperre weiterhin im Viertel. Einige der Getöteten waren nachweislich nach „Beendigung“ der Operation noch am Leben. Unter den Toten sind Jugendliche im Alter von 13 Jahren.

In Geve (Yüksekova) wird es nicht viel anders gewesen sein. Bisher kamen insgesamt 77 Leichname aus Geve ins Leichenschauhaus von Erzirom (Erzurum). Von ihnen konnten 25 identifiziert werden. Diese wurden von ihren Angehörigen abgeholt und beerdigt. 17 weitere sind gerade erst ohne Feststellung ihrer Identität und ohne Erlaubnis der Verwandten aus dem Leichenschauhaus entführt und anonym verscharrt worden. Zuvor waren schon einmal 35 Leichname, die aus Geve stammten, entführt und verscharrt worden. Doch viele Angehörige können nicht nach ihren toten Verwandten suchen. Entweder weil sie selbst vertrieben

sind, oder weil sie noch in Geve sind, aber wegen der immer noch andauernden Ausgangssperre ihre Wohnungen nicht verlassen können.

In Geve wurde die Operation vor 21 Tagen für „beendet“ erklärt, aber die Ausgangssperre dauert nun schon den 58. Tag an. Während viele Einwohner die Stadt verlassen haben und ins Umland abgewandert sind, haben etwa 10.000 Einwohner in den Stadtteilen Yenimahalle, Esenyurt, Esentepe und Ipek sich nicht vertreiben lassen. Sie haben die Tage der Bombardierung ihrer Stadtteile und die Ausgangssperre ertragen. Mehr noch, sie haben ihre Türen all jenen geöffnet, die vom türkischen Staat zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Sie leben so jetzt zumeist mit 15 bis 20 Personen in einer Wohnung. Trotzdem sagen sie: „Wir lassen uns nicht vertreiben. Wir haben hier zwei Monate ausgeharrt und sind geblieben. Wir bleiben auch weiterhin.“ Jetzt rufen sie alle dazu auf, in ihre Stadt zurückzukehren und Geve gemeinsam mit ihnen wieder aufzubauen. (BN/ANF 9.5., ISKU)

Meldungen:

Mehr als 300 Anträge zur Aufhebung der Immunität gegen HDP-Abgeordnete

Dem türkischen Parlament liegen mehr als 600 Anträge auf Aufhebung der Immunität vor. Mehr als die Hälfte der Anträge richtet sich gegen die Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker HDP, davon allein 75 gegen den Abgeordneten und Co-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş.

Einer der Gründe hierfür ist die schriftliche Erklärung der HDP, die am 27. November 2015 in der Tageszeitung Cumhuriyet veröffentlicht wurde. In der Erklärung nimmt die HDP Stellung gegen die Verhaftung der beiden Journalisten Can Dündar und Erdem Gül am Tag zuvor. Die Erklärung im Namen der HDP ist von ihren beiden Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ unterschrieben.

Ein weiteres Beispiel ist die Abgeordnete Leyla Birlik, sie ist Abgeordnete der HDP für Şirnex (Şirnak). Auch gegen sie liegt ein Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität vor. Ihr wird die Teilnahme an einer Beerdigung zur Last gelegt. Sie war auf der Beerdigung von Hacı Lokman Birlik. Hacı Lokman Birlik ist ihr Schwager. Er wurde am 3. Oktober 2015 in Şirnex im Stadtteil Dicle ermordet. An jenem Tag hatten Spezialeinheiten der Polizei das Feuer auf ZivilistInnen eröffnet. Hacı Lokman Birlik wurde am Bein verletzt und stürzte zu Boden. Als er verletzt am Boden lag gingen die Täter auf ihn zu und erschossen ihn. Nach seiner Ermordung wurden Bilder ins Internet gestellt die zeigten, wie sein Leichnam an ein Militärfahrzeug gebunden durch die Straßen der Stadt geschleift wurde. Auf eben jener Beerdigung hat der Abgeordnete Faysal Sarıyıldız, der auch Zeuge seiner Autopsie war, eine Rede gehalten. Auch die Abgeordnete Aycan İrmek nahm an der Beerdigung von Hacı Lokman Birlik teil. Gegen alle drei Abgeordneten beantragte die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität. Zu ergänzen wäre hier vielleicht noch: Herr Birlik, der Mann der Abgeordneten Leyla Birlik, wurde verhaftet. Die Gründe hierfür sind bisher nicht bekannt. (BN/ANF 7.5., ISKU)

UN fordert unabhängige Untersuchungen in der Türkei
Prince Zeid Ra'ad Zeid al-Husseini, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Men-

OLG Düsseldorf: Eröffnung des §129b-Verfahrens gegen Ahmet Çelik

Am Donnerstag, 12. Mai, um 10.00 Uhr begann vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf-Hamm, Kapellweg 36 die Hauptverhandlung gegen den kurdischen Politiker Ahmet Çelik, der im Juli 2015 in Siegen festgenommen wurde und sich seitdem in Untersuchungshaft in der JVA Köln-Ossendorf befindet.

Die Anklage wirft dem 51-Jährigen vor, als mutmaßlicher PKK-Kader von Anfang Juni 2013 bis Juli 2014 den Sektor „Mitte“ (u. a. Bielefeld, Köln, Düsseldorf, Bonn) geleitet zu haben. In dieser Funktion sei er mit propagandistischen, personellen und organisatorischen Aufgaben befasst gewesen und habe zwecks Informationsaustauschs in engem Kontakt zu anderen Sektor- und Gebietsleitern sowie der PKK-Europaführung in Belgien gestanden.

Von Mai 2008 bis April 2011 hat sich Ahmet Çelik als Vorsitzender der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM

(heute NAV-DEM) insbesondere für die politische Lösung der Kurdenfrage und eine Demokratisierung der Türkei ebenso eingesetzt wie für eine gleichberechtigte Teilhabe der KurdInnen an der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Gegen Ahmet Çelik wurden alle geheimdienstlichen Observationsmethoden angewandt – von einer umfassenden Telefonüberwachung, ausgelesenen SMS bis zum Einsatz von IMSI-Catchern. Der Bundesgerichtshof hat im Oktober 2010 entschieden, die PKK nicht mehr „nur“ als kriminelle Vereinigung im Inland, sondern künftig als „terroristische“ Vereinigung im Ausland nach § 129b StGB einzustufen und politisch aktive Kurd*innen entsprechend zu verfolgen. Voraussetzung hierfür ist das Vorliegen einer Ermächtigung zur Strafverfolgung durch das Bundesjustizministerium als einzige Instanz, die festlegt, ob eine Organisation terroristisch zu sein hat oder nicht. Eine solche

Ermächtigung hat die Behörde am 6. September 2011 erteilt – generell für mutmaßliche Sektor- und Gebietsleiter sowie Deutschlandverantwortliche der PKK.

Diese Entscheidung muss nicht begründet werden und ist rechtlich nicht angreifbar. Die Regelung des § 129b wird in juristischen und Bürgerrechtskreisen als willkürlich, politisch motiviert und mit den Grundrechten unvereinbar kritisiert.

In allen §129b-Verfahren geht es nicht darum, Angeklagten eine individuelle Straftat vorzuwerfen und nachzuweisen. Ausschlaggebend ist einzig, ob die PKK in der Türkei als terroristisch eingestuft wird und ein Angeklagter die Vereinigung unterstützt hat bzw. deren Mitglied gewesen ist. Angesichts der politischen Entwicklungen seit 2011 (u. a. Gesprächsdialog mit der PKK, Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen in der Türkei und Rojava/Nordsyrien, Rettung

Abschied nach über 20 Jahren

Davut Altinkaynak war erst 13 Jahre alt, als er in Mêrdîn (Mardin) im Landkreis Kerboran (Dargeçit) im Haus seiner Familie verhaftet wurde. Davut Altinkaynak war einer von vielen Verschwundenen in der Türkei. Nach mehr als 20 Jahren wurde er nun endlich gefunden. Im April 2015 veranlasste der Menschenrechtsverein IHD eine Ausgrabung. Dabei konnten die sterblichen Überreste dreier Menschen in einer Höhle nahe des Flusses Tigris geborgen werden. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, dass es sich bei den Toten um drei Minderjährige handelt, den 13-jährigen Davut Altinkaynak, den 16-jährigen Nedim Akyön und einen bisher nicht identifizierten weiteren Jugendlichen im Alter von 14–15 Jahren.

Davut lebte mit seiner Familie in Kerboran. An einem Morgen des Jahres 1995 drangen Soldaten in das Haus der Familie ein. Am Abend kamen sie erneut und verschleppten die Mutter. Den 13-jährigen Davut rissen

sie aus dem Schlaf und nahmen ihn ebenfalls mit. 4 oder 5 Tage verblieb die Mutter in der Kaserne, der Sohn an ihrer Seite. Zuletzt sah sie ihn, da war er in der Folter. Sie hatten ihn aufgehängt. Er flehte sie um einen Schluck Wasser an. Es wurde ihr nicht gestattet ihm diesen Wunsch zu erfüllen. Seit jenem Tag ist sie auf der Suche nach ihm ...

In den 1990er Jahren war der JITEM in Mêrdîn äußerst aktiv. In jener Zeit wurden dort sehr viele Menschen verschleppt, gefoltert, ermordet. Viele sind bis heute nicht gefunden. Zwischen dem 30. Oktober und dem 3. November 1995 wurden in Kerboran 7 Menschen entführt und ermordet. Süleyman Seyhan (57), Nedim Akyön (16), Mehmet Emin Aslan (19), Seyhan Doğan (14), Davut Altinkaynak (13), Abdurrahman Olcay (20) und Abdurrahman Coşkun (21). Was die Opfer eint, ist ihr Schicksal. Alle wurden auf Order des Jandarma Komman-

danten Mehmet Tire verschleppt und schwerst gefoltert. Manch einer unter ihnen wurde als „verhaftet“ registriert, viele auch nicht. So mancher wurde gar von der Staatsanwaltschaft entlassen. Doch auch sie sollten nicht entkommen. Jandarma Kommandant Mehmet Tire, Jandarma Kommando Brigadekommandant Oberst Hurşit İmren und seine Truppe, darunter auch Dorfschützer, verhafteten, folterten und liquidierten. Keiner ihrer Opfer starb „zufällig“. Alle wurden bewusst getötet. Mancher unter ihnen wurde erdrosselt, andere erschossen. Als der Soldat Bilal Batırır im Frühjahr darauf seine Vorgesetzten schriftlich über sein Wissen in Kenntnis setzte, wurde auch er gefoltert und ermordet.

Am Montag wurden Davut Altinkaynak und Nedim Akyön beigesetzt. Die Suche seiner Mutter hat ein Ende gefunden. Viele andere Mütter in der Türkei suchen immer noch.

(BN, 10.5., ISKU)

Nisêbîn seit zwei Monaten im Ausnahmezustand

Nisêbîn (Nusaybin) gehört zur Provinz Mêrdîn (Mardin). Die Stadt liegt an der Grenze zu Syrien. Seit dem 14. März ist über sie die Ausgangssperre verhängt worden. Um das Schweigen gegenüber dem Geschehen in Nisêbîn zu durchbrechen, wurde am 3. April die Kampagne „NO MORE SILENCE“ ins Leben gerufen. Neben JournalistInnen der Medien in Rojava, haben auch Journalist*innen aus Deutschland, Kolumbien und Italien an der Kampagne teilgenommen. Abwechselnd jeweils zu zweit haben sie Wache gehalten, Nachrichten gesammelt und weiter geleitet. Jetzt haben sie ihre Eindrücke noch einmal in einem Bericht zusammengestellt.

Mit Beginn des Beschusses durch türkisches Militär haben

etwa 200.000 Einwohner Nisêbîn verlassen. Etwa 35.000 harrten weiter in der Stadt aus. Es gibt aktuell Kämpfe zwischen den türkischen Truppen und den zivilen Verteidigungseinheiten YPS und YPS-Jin in den Stadtteilen Zeynel Abdîn, Kışla, Abdülkadirpaşa und Qanika. Diese Stadtteile werden von den türkischen Truppen stark beschossen. Allein heute sollen vom türkischen Militär an die 240 Granaten auf erwähnte Stadtteile abgeschossen worden sein. Vor zwei Tagen fand sogar ein Beschuss der Stadt aus der Luft statt. Seit 15 Tagen soll die türkische Armee auch das völkerrechtlich geächtete Phosphor zum Einsatz bringen, wodurch viele Gebäude verbrannt und zerstört wurden. In den Stadtteilen, die sich

gegen die Vertreibung im Widerstand befinden, ist seit Beginn der Militäroperation die Trinkwasser- und Stromversorgung unterbunden. Die in den Stadtteilen verbliebenen ZivilistInnen sind von jeglicher Versorgung abgeschnitten. Desweiteren hat der türkische Staat in den 4 Stadtteilen, in denen der Widerstand andauert, seit dem 19. März auf höheren Gebäuden Scharfschützen in Stellung gebracht, die ohne einen Unterschied zu machen sofort auf alles schießen, was sich bewegt. Selbst in dem auf der anderen Seite der Grenze auf syrischem Gebiet liegenden Qamislo haben 2 Menschen das Leben durch die türkischen Scharfschützen verloren, 5 weitere wurden verletzt.

(BN, 8.5., ISKU)

→ OLG Düsseldorf: Eröffnung...

zehntausender Yesiden und Yesidinnen durch die HPG, Kampf der Volksverteidigungskräfte von YPG/YPJ gegen die Terrororganisation IS, Einzug der HDP ins türkische Parlament, blutiger Anschlag in Suruç, einseitige Aufkündigung des Friedensprozesses durch Erdoğan und Kriegführung gegen PKK und kurdische Bevölkerung, EU-Flüchtlingsdeal mit dem AKP-Regime) müssten die Gerichte das Justizministerium

auffordern, die Gültigkeit der Verfolgungsermächtigung zu überprüfen. Nicht zuletzt bedeutet sie wegen der inhaltlichen Vorgaben des Ministeriums für jeden Angeklagten eine Vorverurteilung. Die Staatsschutzsenate der OLG folgen der staatlich vorgegebenen politischen Richtschnur. Im Vordergrund stehen die in den Anklageschriften seitlang aufgelisteten Aktivitäten der PKK-Guerilla, von einem

staatsterroristischen Vorgehen des türkischen Regimes ist keine Rede.

AZADÎ fordert vor diesem Hintergrund die Einstellung aller Verfahren, die Freilassung der politischen Gefangenen, ein Ende der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden sowie die Abschaffung des § 129, 129a/b StGB.

AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Köln, 9.Mai

schenrechte, hat sich zu den Ereignissen in der Türkei geäußert. Allem voran Cizîr (Cizre) betreffend, aber auch aus anderen kurdischen Städten liegen der UN Berichte vor. Prince Zeid Ra'ad Zeid al-Husseini bezeichnete die der UN vorliegenden Berichte als „glaubwürdig.“ Neben dem allgemeinen Zugeständnis an die Türkei Operationen gegen die PKK durchführen zu dürfen, wies er allerdings darauf hin, dass es im internationalen Recht Gesetze gäbe, die es zu achten gelte, wie z. B. das Verbot der Anwendung von über das notwendige Maß hinausgehender Gewalt. Die der UNO vorliegenden Berichte über die Stadt Cizîr bezeichnete er als „glaubwürdig“. Den Berichten zu Folge sollen während der Ausgangssperre in Cizîr aus Militärfahrzeugen heraus auf ZivilistInnen, darunter auch Frauen und Kinder, geschossen worden sein. Im Gesundheitsbereich Tote sollen während sie Verletzten halfen in ihrer Arbeit behindert worden sein. Ein Teil der Berichte befasst sich auch mit dem Geschehen in den drei Kellern von Cizîr, bei dem mehr als einhundert Menschen bei lebendigem Leib verbrannt worden sein sollen. Al-Husseini bezeichnet den Teil der Berichte als „den Besorgnis erregendsten Teil“ und forderte die Türkei auf, unabhängige Untersuchungen der Vorwürfe durch die UN zuzulassen.

Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Tanju Bilgiç, bezeichnete in einer Erklärung die Worte des Hohen Kommissars der der Vereinten Nationen UN für Menschenrechte Zeyd Raad Al-Hüseyni vom 10.5.2016 als „einseitig“. Er gab jedoch bekannt, daß „es uns eine Ehre sein wird, Herrn Seid jederzeit in unserem Land, einschließlich der Region Süd-Ost Anatolien, willkommen zu heißen.“ Damit scheint der Weg für eine unabhängige Untersuchung des Massakers von Cizîr (Cizre) erst einmal gebnet zu sein.

(ANF; 10.5., CH, 11.5. ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
BN BestaNüçe
CH Cumhuriyet

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-806

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org